

# Trumps „Milliarden-Dollar-Geschenk“ ist in Wirklichkeit eine Rückerstattung, um Offshore-Windparks zu stoppen

geschrieben von Andreas Demmig | 6. April 2026



DCNF, Frank Lasee, Gastkommentar, 31. März 2026

Letzte Woche verkündeten Schlagzeilen (New York Times, NPR, CNN), Präsident Donald Trump würde einem französischen Energiekonzern fast eine Milliarde Dollar zahlen, um den Bau von Offshore-Windparks zu stoppen. Die Berichterstattung war klassischer Sensationsjournalismus – irreführend, unvollständig und darauf ausgelegt, ein abgedroschenes Narrativ zu bedienen. Die wahre Geschichte ist weitaus einfacher und vernünftiger.

Am 23. März 2026 erzielte das US-Innenministerium eine Einigung mit TotalEnergies. Die US-Regierung erstattet 928 Millionen US-Dollar – genau den Betrag, den das Unternehmen 2022 an die Biden-Administration gezahlt hatte, als es zwei Offshore-Windparklizenzen vor der Küste von New York/New Jersey und North Carolina erhielt.

Im Gegenzug wird TotalEnergies beide Pachtverträge kündigen und sich formell verpflichten, keine neuen Offshore-Windprojekte in den Vereinigten Staaten zu verfolgen. Das Unternehmen wird das Kapital stattdessen in amerikanische Öl-, Erdgas- und LNG-Projekte investieren.

Das ist keine Unternehmenssubvention. Es handelt sich um eine Rückerstattung bereits gezahlter Gelder, damit zwei teure und unzuverlässige Projekte gestoppt wurden, bevor sie die amerikanischen Stromkunden belasten konnten. TotalEnergies verpflichtete sich außerdem, das Geld in den USA zu behalten und für Öl und Erdgas zu verwenden. Die Schlagzeile hätte lauten sollen:

**„Win-Win – Trump bringt das französische Unternehmen TotalEnergies dazu, eine Milliarde Dollar in zuverlässige und bezahlbare amerikanische Energie anstatt in Offshore-Windkraft zu investieren.“**

Strom aus Offshore-Windparks ist deutlich teurer als Strom aus Erdgas. Jüngste Analysen der Stromgestehungskosten zeigen, dass neue Offshore-Windprojekte zwischen 100 und 140 US-Dollar pro Megawattstunde kosten – 50 bis 150 Prozent teurer als Strom aus neuen Gas- und Dampfkraftwerken,

die typischerweise 60 bis 80 US-Dollar pro Megawattstunde liefern.

Diese Kluft vergrößert sich dramatisch, sobald wir die Realität berücksichtigen.

Wind ist unbeständig. Wenn der Wind nicht weht, muss der Strom von woanders herkommen. Offshore-Winde im Atlantik wehen je nach Standort etwa die Hälfte der Zeit. Das bedeutet entweder den Bau und die Wartung teurer Batteriespeichersysteme oder das Bereithalten von Gaskraftwerken als Reserve. Die doppelten Kosten – einmal für die bedarfsgerechte Gasversorgung und ein weiteres Mal für die nur zeitweise verfügbare Offshore-Windenergie – werden in den positiven Schlagzeilen über Offshore-Windkraft selten erwähnt. Das ist teuer.

Trump versteht diese grundlegende wirtschaftliche Realität ganz klar. Warum sollte man massive Investitionen in teure, wetterabhängige Energiequellen tätigen, wenn unsubventionierte Erdgas- und Erdölprojekte günstigeren, bedarfsgerechten Strom und höhere Renditen liefern? Der einzige Grund für diese unkluge wirtschaftliche Entscheidung ist die Klimaideologie. Konventionelle Energiequellen bieten nach wie vor deutlich höhere Gewinne ohne die endlosen Steuergelder, die für die Förderung von Offshore-Windparks benötigt werden. Deshalb ist die Umleitung dieser fast eine Milliarde Dollar in das profitablere, unsubventionierte amerikanische Erdgas ein Gewinn für das Unternehmen und die USA.

TotalEnergies hätten diese Investition überall auf der Welt tätigen können, aber die Amerikaner denken an Ihre eigenen Arbeitsplätze, sie verhandeln, dass die Gelder im eigenem Land bleiben und zur amerikanischen Energiedominanz beitragen. [Was hätte wohl die Deutsche Regierung verhandelt? – Der Übersetzer]

Der größte Erfolg dieses Deals ist nicht die Rückerstattung selbst, sondern die endgültige Streichung dieser beiden Pachtverträge. TotalEnergies hat sich nun verpflichtet, in den USA keine Offshore-Windparks mehr zu bauen. Das ist ein direkter Gewinn für zuverlässigen und bezahlbaren Strom und ein klares Signal dafür, dass die Ära teurer Ökostromaufgaben zu Ende geht.

Sogar einige Demokraten beginnen, diese Wahrheit einzugestehen. Die demokratische Gouverneurin von New York, Kathy Hochul (die wiedergewählt werden will), schlug kürzlich vor, wichtige Bestimmungen des Klimaschutzgesetzes des Bundesstaates zu verschieben. Sie verschob die Regeln zur Reduzierung von Treibhausgasen und räumte ein, dass die ursprünglichen Zeitpläne „kostspielig und unerreichbar“ geworden seien.

Wenn selbst das tiefblaue New York stillschweigend auf die Bremse tritt, sollte der Rest des Landes aufmerksam werden. Jahrelang wurde uns erzählt, Wind- und Solarenergie seien billig und würden unsere Strompreise senken. In Wirklichkeit verteuert deren Ausbau die Strompreise – ähnlich wie ein zusätzliches, unzuverlässiges Auto, das

nur gelegentlich genutzt wird, die Kosten für Ratenzahlung, Wartung und Versicherung erhöht, ohne das zuverlässige Auto, das man ständig nutzt, zu ersetzen.

Die Weigerung der Mainstream-Medien, dies korrekt darzustellen, ist aufschlussreich. Anstatt eine pragmatische Entscheidung anzuerkennen, die Verbraucher vor höheren Rechnungen und Netzininstabilität schützt, stellten viele Medien die Geschichte so dar, als würde Trump fossile Brennstoffe gegenüber „grüner Energie“ bevorzugen, indem er Steuergelder für den Kauf von TotalEnergies ausgab, anstatt die Gebühr zurückzuerstatten, die TotalEnergies für den Verkauf überverteilter, subventionierter Teilzeitstrom gezahlt hatte.

In Wirklichkeit handelte es sich um eine unkomplizierte Geschäftstransaktion: Die Leasingraten wurden zurückerstattet, die Projekte abgebrochen und das Kapital in funktionierende Energiequellen fließen gelassen.

Zuverlässiger und bezahlbarer Strom ist kein parteipolitischer Luxus, sondern eine wirtschaftliche und nationale Sicherheitsnotwendigkeit. Indem die Trump-Regierung die ursprünglichen Leasingzahlungen zurückerstattete und Investitionen weg von teuren Offshore-Windparks umleitete, erzielte sie einen klaren Gewinn für amerikanische Familien, Unternehmen und die Energiesicherheit.

Frank Lasee ist leitender politischer Analyst bei CFACT. Er war ein ehemaliger Senator des US-Bundesstaates Wisconsin und ehemaliges Mitglied der Regierung von Gouverneur Scott Walker.

*Die in diesem Kommentar geäußerten Ansichten und Meinungen sind die des Autors und spiegeln nicht die offizielle Position der Daily Caller News Foundation wider.*

*Alle Inhalte der Daily Caller News Foundation, einem unabhängigen und überparteilichen Nachrichtendienst, stehen seriösen Medienunternehmen mit großer Reichweite kostenlos zur Verfügung. Alle wiederveröffentlichten Artikel müssen unser Logo, den Namen des/der jeweiligen Reporters/Reporterin und dessen/deren Zugehörigkeit zur DCNF enthalten. Bei Fragen zu unseren Richtlinien oder einer möglichen Partnerschaft kontaktieren Sie uns bitte unter [licensing@dailycallernewsfoundation.org](mailto:licensing@dailycallernewsfoundation.org).*

<https://dailycaller.com/2026/03/31/opinion-trumps-billion-dollar-giveaway-actually-a-refund-to-kill-costly-offshore-wind-frank-lasee/>